

KULTURFÖRDERUNG AUS GEMEINSAMER VERANTWORTUNG

AKTIONSKREIS KULTUR

Wirksamkeit und Erfolg von Kunst- und Kulturförderung hängt vor allem von drei Faktoren ab:

- Kompetenz
- Engagement
- Geld.

Alle drei Faktoren sind in diesem Kreis vorhanden. Jeder von uns hat auf kulturellem Gebiet eine Sachkompetenz, die durch Informationsaustausch erhöht werden kann. Jeder von uns ist zunächst engagiert für seine eigene Aufgabe. Jedes Unternehmen und jede Stiftung achtet auf eigenes Profil. Wir verkennen auch nicht die differenzierten Zuständigkeiten und daraus entstehenden Interessensunterschiede von Bund, Ländern und Gemeinden, ja auch von Ministerien und Behörden. Es wäre dennoch schön, wenn unsere Gespräche dazu führten, daß wir uns bei Wahrung unserer jeweiligen Funktionsverantwortung für koordinierte Aktionen zur gemeinsamen Stärkung der kulturellen Kräfte in unserem Lande engagierten. Die besondere Chance der Zusammensetzung dieses Kreises ist seine Herausforderung zum "Querdenken", zum vernetzten und antizipatorischen Denken als Voraussetzung für kulturell verantwortliches Handeln.

Was das Geld schließlich betrifft, so wissen wir alle, daß derzeit in der Kultur besonderer Mangel herrscht, der sich möglicherweise noch verstärken wird. Niemand wird erwarten, daß es diesem Kreis gelingen könnte, den privaten Anteil an der Kulturförderung, der in Deutschland nur rund drei Prozent ausmacht, kurzfristig wesentlich zu erhöhen. Aber diese Mittel - die ja oft Pilotcharakter haben und die in einer Zeit, da die öffentliche Hand kaum mehr als den nackten Kulturbetrieb aufrechterhält, zur Finanzierung von Projekten besonders wichtig sind - können umso gezielter und effizienter eingesetzt werden, je berechenbarer und kohärenter die öffentliche Kulturpolitik ist. Unsere Gespräche sollten dazu beitragen, daß Wirtschaft und Stiftungen für ihre komplementäre Kulturförderung die erforderlichen Informationen von Fachleuten aus Bund, Ländern und Gemeinden erhalten...Für diesen Aktionskreis gibt es sowohl dringenden aktuellen Anlaß als auch grundsätzlichen längerfristigen Bedarf.

1. Zum aktuellen Anlaß

Der aktuelle Anlaß ist die Krise im Bereich der öffentlichen Kulturfinanzierung, die in Ostdeutschland durch den unerwarteten Abbruch der Übergangsförderung des Bundes Ende 1993 und in Westdeutschland durch rezessionsbedingte Steuerausfälle und Belastungen der öffentlichen Haushalte mit den Kosten der Wiedervereinigung ausgelöst wurde. Dabei wirkte sich die planerische Vernachlässigung von Folgekosten bei Kulturinvestitionen früherer Jahre ebenso problemverschärfend aus wie Starrheiten im öffentlichen Haushaltsrecht und im Tarifrecht der staatlichen und städtischen Kultureinrichtungen.

Der Kulturkreis hat in seinem Schweriner Manifest scharfe Kritik an dem unkoordinierten Abbruch der Übergangsförderung des Bundes geübt und darauf hingewiesen, daß Kulturpolitik berechenbar sein muß. Zur Bedeutung der Kultur für den Einigungsprozeß hat er unter Punkt 5 ausgeführt: "Kultur ist kein austauschbares, ersetzbares oder kurzfristig verzichtbares Konsumgut, Kultur ist eine andauernde Investitionspflicht. Ohne Kultur würde dem Wirtschaftsstandort Deutschland ein seither tragendes Fundament genommen. Wer den wirtschaftlichen Aufschwung und Umbau im Osten mit einem zusammengestrichenen staatlichen Kulturbudget beschleunigen will, der vernachlässigt vor allem jene Kräfte der inneren Vereinigung, die den Menschen Perspektiven vermitteln. Er reduziert Kräfte, die ihren Selbstwert stärken, ihnen Mut machen, die Chancen zu ergreifen, die unser freiheitliches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bietet. Initiative und Innovationskraft der Menschen bestimmen entscheidend unsere wirtschaftliche Zukunft."

Die Frage der Kulturfinanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden - und zwar nicht nur in den neuen, sondern auch in den alten Bundesländern - wird sicher einen vorrangigen Platz in unseren Beratungen einnehmen. Viele Betroffene haben sich dazu in den vergangenen Monaten mit öffentlichen Stellungnahmen, Erklärungen und Forderungen zu Wort gemeldet. Die 10 Empfehlungen des Deutschen Kulturrates könnten eine gute Basis für unsere Diskussion bilden.

In diesem Zusammenhang sollte auch die Argumentation des sächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst zur Debatte gestellt werden. Herr Professor Hans Joachim Meyer wies darauf hin, daß die Verantwortung der einzelnen öffentlichen Hände für wichtige Kulturgüter nicht an den Grenzen ihrer juristischen Zuständigkeit endet. Auch die Privatinitiative Kunst hat auf ihrem Plenartreffen am 24. September 1994 in Leipzig ein Memorandum veröffentlicht, das bedenkenswerte Aussagen zur Kulturpolitik nach der Vereinigung und zur gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden macht...

Bei der Diskussion der Probleme, die im Zusammenhang mit der Sparpolitik der öffentlichen Hände aufgetreten sind, soll es hier nicht um Schuldzuweisungen gehen, sondern um Versachlichung, das heißt um Verdeutlichung der Positionen und der möglichen Spielräume für Verbesserungen. Es geht um konsistente kulturpolitische Perspektiven der öffentlichen Hände, in die sich Wirtschaft und Stiftungen mit eigenen Programmen einfügen können.

Zu überlegen ist, ob in künftigen Gesprächen des Aktionskreises Kultur, gegebenenfalls auch in getrennten Arbeitsgruppen, die Situation und die Forderungen einzelner Kunstsparten und Kulturbereiche mit den jeweils zuständigen Vertretern diskutiert werden sollten.

2. Grundsatzfragen von längerfristiger Bedeutung

In einem Kreis wie diesem, dem kulturell Engagierte aus Bund, Ländern, Gemeinden, Wirtschaft und Stiftungen angehören, darf es nicht nur um Pragmatismus und um Geldverteilung gehen. Wer offenen Auges die Entwicklungen nicht nur in unserem Lande, sondern in der Welt verfolgt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir in einer Zeit des Paradigmenwechsels leben. Damit stellt sich die Frage nach einer Kulturpolitik in Erwartung des 21. Jahrhunderts. Herr Professor Glaser hat uns dazu im Vorfeld unserer heutigen Sitzung ein interessantes Szenario entworfen:

Unter dem Leitwort "Pro.jekt Kultur" soll die Bedeutung der Kultur

- für politisches, wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht,
- für individuelle und kollektive Identität und
- für Bindung an humane Werte

bewußt gemacht werden. Daraus sollen Ziele, Strategien, Handlungsbereiche und Konsequenzen für Finanzierung und kulturpolitische Zuständigkeit abgeleitet werden. Dabei tritt im öffentlichen Sektor neben Bund, Ländern und Gemeinden auch die Europäische Union ins Blickfeld. Die Erarbeitung eines solchen Projekts bedingt allerdings die Einbeziehung zahlreicher Fachleute und einen erheblichen Zeit- und Mittelaufwand.

Drei zukunftsweisende Themen, die derzeit den Deutschen Städtetag beschäftigen, hat Herr Dr. Bernd Meyer in seinem Papier beschrieben:

- die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und der Kultur;
- welches Humankapital erwartet die Wirtschaft in der Zukunft und welchen Beitrag kann die Kultur dazu leisten?
- welchen Beitrag können Kultur und Bildung gegen Entsolidarisierungs- und Desintegrationserscheinungen in der Gesellschaft leisten?

Dies sind Fragen, die interdisziplinär und international angegangen werden sollten, denn sie stellen sich natürlich vor dem Hintergrund eines immer härteren weltwirtschaftlichen Wettbewerbs. Zur Frage, welches Humankapital die Wirtschaft künftig benötigt, wird zwar mit Recht gesagt, daß es gerade auf die unbequemen, die kreativen, die visionären Mitarbeiter in der Wirtschaft ankommen werde. Hier ergibt sich in der Praxis aber häufig der Widerspruch, daß Großorganisationen zur Steigerung der Effizienz ihre Steuerungs- und Kontrollinstrumente ständig verfeinern, wodurch sie die Kreativität eigenwilliger Mitarbeiter aber auch einengen.

3. Wohin treibt uns die normative Kraft des Faktischen?

Der Paradigmenwechsel nach dem Zusammenbruch des Sozialismus läßt derzeit noch keine geistige Richtung erkennen. Mangels eines ernsthaften Herausforderers drohen die geistigen Grundlagen unseres freiheitlichen Systems durch einen trivialen Utilitarismus zu verkümmern. Was nichts bringt, was keinen klar zu benennenden Zweck verfolgt, hat Schwierigkeiten, seine Existenz zu rechtfertigen. Ein

Ordnungssystem, das alles Denken und Handeln allein an der ökonomischen Verwertbarkeit mißt, droht aber ebenso in die Inhumanität abzukippen wie die Ordnungssysteme, die sich allein nach Kriterien einer totalitären Ideologie richten. Den Vätern der sozialen Marktwirtschaft war ein totalitärer Ökonomismus ebenso fremd wie ein totalitärer Sozialismus. Wilhelm Röpke warnte vor solchen Einseitigkeiten in seinem Buch "Jenseits von Angebot und Nachfrage". Heute setzt sich der amerikanische Soziologe und Präsidentenberater Amitai Etzioni kritisch mit der herrschenden neoklassischen Doktrin in seinem Buch "Jenseits des Egoismus-Prinzips" auseinander.

Vielleicht brauchen wir in Erwartung des 21. Jahrhunderts Kulturpolitik auch als Ordnungspolitik. Ich teile die Auffassung von Etzioni, daß Wirtschaft ein Subsystem der Kultur ist. Die neoklassische Theorie sieht hingegen die Marktwirtschaft als ein System, das grundsätzlich in sich geschlossen ist und dessen verschiedene Attribute mit Hilfe eines perfekten Wettbewerbsmodells beschrieben werden können. Wir können vielleicht einmal Wirtschaftswissenschaftler zu einer Diskussion einladen und dabei auch die Frage nach dem Kulturverständnis, nach dem Menschenbild stellen, das diesem Modell zugrunde liegt.

Kultur hat immer etwas mit dem Verhalten von Menschen zu tun, mit verinnerlichten Regeln, inneren Bildern, die unseren Umgang miteinander steuern, die wir noch nötiger brauchen als äußere Gesetze. Solche inneren Bilder wurden in alten Kulturen von Generation zu Generation tradiert. Wir finden sie im Alten und im Neuen Testament, in Mythen und Märchen als Sinnbilder. Zu fragen wäre nach den Auswirkungen unserer heutigen Überflutung mit Bildern, die mehr Reize als Sinn vermitteln. Vielleicht sollte sich dieser Kreis auch einmal mit den Medien befassen...

4. Was können wir in der nächsten Zeit miteinander tun?

Hier sehe ich zwei Fragenkomplexe: zum einen das Thema "Kooperativer Kulturföderalismus". Dies wurde schon angesprochen: Wie können Bund und Länder, Kommunen und freie Träger auf kulturpolitischem Gebiet besser zusammenarbeiten? Die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) hat sich im Dezember 1993 in bemerkenswerter Weise von früheren verfassungsmäßigen Bedenken gegen innerstaatliche Verantwortung des Bundes für die Kultur losgesagt. Sie hatte diese noch Mitte der 80er Jahre bei der Errichtung der Kulturstiftung der Länder sehr scharf formuliert...Nunmehr ist es allerdings der Bund, der sich verfassungsmäßiger Bedenken bedient, um weitergehende Finanzierungswünsche im Kulturbereich abzuwehren.

Im Zuge des Abbruchs der Übergangsfinanzierung für die neuen Länder mußte diese Argumentation auch für die Einstellung der Regionalprogramme erhalten, mit denen strukturschwache Räume an der deutsch-polnischen und an der deutsch-tschechischen Grenze unterstützt werden sollten. Dies ist ein Thema, das vor dem Hintergrund der erfolgreichen Zonenrandförderung in der alten Bundesrepublik meines Erachtens in unserem Kreise aufgegriffen werden sollte.

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang betrifft das sächsische Kulturraumgesetz. Es wäre interessant zu erfahren, wie die übrigen Länder und die Vertreter von Städtetag und Kommunen zu den damit eingeleiteten Strukturveränderungen in der Kulturverantwortung und Kulturfinanzierung stehen.

Aber nicht nur in vertikaler Richtung ist eine bessere Kooperation auf kulturpolitischem Gebiet zwischen den verschiedenen öffentlichen Händen wünschenswert, sondern auch in horizontaler Richtung.

Herr Dr. von Köckritz hat in seinem Thesenpapier darauf hingewiesen, daß es beim Bund an einer Zusammenschau und gemeinsamen Interessenwahrung von Kultur, Kunst, Bildung, Wissenschaft und Forschung fehlt. Gilt dies auch für die Länder und für die Gemeinden? Was wäre zu tun, um diesen Zustand zu verbessern?..

Wie kann die private Kulturförderung am sinnvollsten und am effizientesten die Kulturpolitik der öffentlichen Hand ergänzen? Wo sind die erfolgversprechendsten Ansätze für eine "public private partnership"?

Aus eigenen Erfahrungen kann ich sagen, daß sich zum Beispiel die Kooperation der Kulturstiftung Dresden der Dresdner Bank und auch der Jürgen Ponto-Stiftung mit der Kulturstiftung des Freistaates

Sachsen bei der Förderung zahlreicher künstlerischer Projekte, wie auch bei der Initiierung etwa der Gesprächskreise "Kultur und Wirtschaft" in verschiedenen Städten Sachsens, bestens bewährt hat. Ein Projekt, das beispielsweise aus dem Gesprächskreis in Görlitz entstand, war ein Ideenwettbewerb für eine Kulturbrücke über die Neiße, den die Jürgen Ponto-Stiftung und die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen mit Professoren und Studenten von drei polnischen und drei deutschen Hochschulen in diesem Jahr durchführten...

In Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg kooperiert die Jürgen Ponto-Stiftung neuerdings mit der Stiftung Kulturfonds, Berlin bei der Errichtung weiterer Gesprächskreise "Kultur und Wirtschaft". Den organisatorischen Rahmen stellt wie in Sachsen jeweils die örtliche Filiale der Dresdner Bank zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen wäre die Frage zu stellen, was halten die anderen Länder, die Gemeinden, ja vielleicht sogar der Bund von der Ausgliederung wichtiger kulturfördernder Aufgaben in Stiftungen? Was halten die Vertreter der Wirtschaft und der Stiftungen von einer engeren Kooperation mit Stiftungen der öffentlichen Hand? Könnten überhaupt durch mehr Kulturstiftungen - private wie öffentliche - wichtige kulturpolitische Fragen der Gegenwart und Zukunft besser gelöst werden? Welche Verbesserungen im Stiftungsrecht und im Steuerrecht sind notwendig, um die Bereitschaft zur Errichtung oder auch zur Aufstockung von Kulturstiftungen zu stimulieren? Wie kann das öffentliche Ansehen von Stiftungen als dynamische, die Zukunft mitgestaltende Einrichtungen erhöht und damit auch manche routinemäßig verwaltete Stiftung auf neue Ideen gebracht werden?...

Eine andere Form der "public private partnership" ist die Zusammenarbeit öffentlicher Einrichtungen mit Firmen. Dabei ist wiederum ein Unterschied zu machen zwischen Firmen, die sich klar als Sponsoren bezeichnen, deren Aufwendungen im Kulturbereich Teil ihrer Werbestrategie sind, und solchen Firmen, die sich als Kulturförderer verstehen...

Für alle Firmen, die sich in erster Linie als Förderer verstehen, und namentlich für die von ihnen geförderten Künstler und Kultureinrichtungen wirkt es sich als äußerst störend aus, daß mehr und mehr Finanzämter in den letzten Jahren Ausgaben für Kulturförderung nur dann noch als Betriebsausgaben anerkennen, wenn sie als massive Firmenwerbung daherkommen. Dies steht im krassen Widerspruch zu den Bemühungen des Bundeskanzlers um mehr Bürgerengagement für gemeinnützige Zwecke, namentlich auch für Kunst, Kultur und Wissenschaft. Die in Unternehmen arbeitenden Menschen sind nicht nur Funktionäre, sondern sie sind auch Bürger, und wenn sie mit Kompetenz und Engagement aus ihrem beruflichen Verantwortungsbereich heraus kreative Ideen entwickeln, sollte ihnen der Fiskus dabei nicht in den Arm fallen. Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Kultur war lange genug in unserem Lande vergiftet. Es ist widersinnig, daß die Bürokratie, die dem Bürger eigentlich zu dienen hat, hier neue Gräben aufwirft...

Zum Thema "public private partnership" gehört schließlich auch die Frage, wie wir es mit der Förderung freier Gruppen und eigenständiger künstlerischer Prozesse halten. Der Kulturkreis hat hier ebenso wie die beiden von mir betreuten Stiftungen immer einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit gesehen. Dabei haben wir allerdings die Erfahrung gemacht, daß die öffentliche Hand bisweilen dazu neigt, sich da zurückzuziehen, wo sich private Förderer engagieren. Ich spreche hier vor allem von Kommunen - nicht von Kulturdezernenten, sondern von Stadtverwaltungen, die den Kulturdezernenten das Leben schwer machen. Wenn es einer freien Initiative gelingt, private Förderer von der Qualität ihrer Arbeit zu überzeugen, so sollte dies eher ein Zeichen dafür sein, daß es sich dabei um etwas handelt, das auch weitere Begleitung und Unterstützung durch die öffentliche Hand verdient. Das gilt im übrigen auch für etablierte Kultureinrichtungen: Kein privater Förderer wird Geld geben, wenn die öffentliche Hand im Gegenzug dafür ihre Zuschüsse kürzt.

Ein immer wichtigeres Thema wird unter dem Zwang leerer Kassen das kostenbewußte Management öffentlicher Kultureinrichtungen, ihre Herauslösung aus der Kameralistik, Änderungen von Tarifstrukturen. Hier kann die Wirtschaft betriebswirtschaftliches Know-how beisteuern.

Wir kommen damit zu den praktischen Fragen, die sich bei der Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Förderern stellen; in Stichworten:

- Entwicklung von "Matching-Funds-Modellen";

- Geldleistung, Sachleistung oder Dienstleistung (hier können sich steuerliche Probleme ergeben);
- Grundfinanzierung oder Projektfinanzierung;
- Prozeßförderung oder punktuelle Förderung;
- Dauerförderung, zeitlich begrenzte Förderung oder Einmalförderung;
- Qualitätsanforderungen, Beurteilungskriterien, Ergebniskontrollen.

Hier kommt es meist auf den Einzelfall an. Vielleicht können wir uns aber doch über gewisse grundsätzliche Orientierungslinien verständigen.

Unser Ziel ist es, daß sich der Aktionskreis Kultur im Laufe der Jahre - auf Grund seiner Zusammensetzung, seines intellektuellen Niveaus und seines Engagements für die gemeinsame Sache - zu einem nationalen Forum für den Diskurs zwischen Kultur, Wirtschaft und Politik entwickelt. Von ihm sollen Anstöße zur Erprobung neuer Kooperationsmodelle, z.B. auch durch Vernetzung mit den lokalen Gesprächskreisen "Kultur und Wirtschaft" ausgehen - vielleicht sollten solche Gesprächskreise auch in westdeutschen Städten eingerichtet werden. Wir wollen auf möglichst vielen Ebenen Bürgerbeteiligung mobilisieren zur Förderung von Kultur und künstlerischer Kreativität.

Bernhard Freiherr von Loeffelholz

Der Autor:

Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz, geboren in Weimar, studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Freien Universität Berlin in Volkswirtschaft. 1968 kam er zur Dresdner Bank und wurde enger Mitarbeiter von Jürgen Ponto. Später leitete er die Niederlassung der Bank in München und baute die Ponto-Stiftung auf, deren Geschäfte er heute führt.

Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie hat am 10. November 1994 in Bonn einen "Aktionskreis Kultur" ins Leben gerufen, an dem sich neben der Wirtschaft zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens und der Kultur beteiligen. Er soll künftig eine gemeinsame Plattform für Kunst und Kultur, für Bund, Länder, Gemeinden, Stiftungen, Wirtschaft und private Kulturinitiativen sein. In den folgenden Beiträgen äußern sich Bernhard Frhr. von Loeffelholz (Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung des Aktionskreises Kultur) und Udo Zimmermann zu Problemen der Kulturförderung.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 25 1995,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>